



Die Kosten für den Bauabschnitt 2/2 sollen bei 80 Millionen Euro liegen. Die Bürgerinitiativen sind gegen diesen Bauabschnitt als Autobahn zum Zubringer Arsten. Dafür gäbe es keine Planrechtfertigung. Daher klagten Anwohner vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig.

Foto: GPV

Die Hoffnung stirbt zuletzt

Bürger diskutieren mit Politikern über die A281 / Gerichtsurteil am Mittwoch erwartet

VON
SHEILA SCHÖNBECK

Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts steht noch aus. Dennoch gab es während der Bürgerversammlung zur A281 in der St.-Markus-Gemeinde viel zu berichten.

LINKS DER WESER Über zehn Stunden verhandelten die Richter am Bundesverwaltungsgericht in Leipzig über den Bauabschnitt 2/2 – ohne Ergebnis. Die Entscheidung, ob es einen Monsterknoten vor Huckelriede und eine Querspange von der Neuenlander auf die Kattenturmer Heerstraße geben wird, bleibt offen. „Wir sind optimistisch, aber nichts ist sicher“, sagte

Norbert Breeger, Sprecher der Bürgerinitiativen (BI) für eine menschengerechte A281, am Donnerstag während einer Bürgerversammlung in der St.-Markus-Gemeinde.

Dazu waren auch Politiker der fünf Parteien eingeladen. Eine Frage, die der Bürgerinitiative unter den Nägeln brannte, war die Zukunft des Hornbach-Geländes. Breeger: „Wir sind davon ausgegangen, dass der Verkauf sicher ist. Nun hörten wir in Leipzig, dass es für das Gewerbehaus verbesserten Lärmschutz gibt. Wir haben den Verdacht, dass das Gelände weiterhin gewerblich genutzt werden soll. Stimmt das?“ Jürgen Pohlmann, baupolitischer Sprecher der SPD, versuchte zu beruhigen: „Der Kaufvertrag mit dem Eigentümer liegt vor. Die Verwaltung geht davon aus, dass dieser un-

terzeichnet wird.“ Und Dr. Maike Schaefer, Verkehrspolitische Sprecherin der Grünen: „Hornbach wird abgerissen.“ Sie versicherte, dass mit den Grünen eine Querspange nicht in Frage käme.

Anwohner forderten von Politikern Taten und keine leeren Worte

Die Bürgerinitiativen fordern, die Rampe am Bauabschnitt 2/1 für die Abfahrt am Neuenlander Ring zu bauen. „Es ist eine Frechheit, dass sie nicht fertig gestellt wird“, so Breeger. Damit wäre das Verkehrsproblem auf der Neuenlander Straße gelöst. „Außerdem hat der Bauabschnitt 2/2 keinen eigenen Verkehrswert. Stattdessen werden Personen enteignet und historische Gebäude zerstört“, verdeutlichte

Breeger.

Zahlreiche Anwohner und Gäste übten zudem Kritik an der Bremer Politik. Sie forderten Taten und keine leeren Worte. Monika Morschel, Vorsitzende der Vereinigung zum Schutz Flugverkehrsgeschädigter: „Es ist ein Desaster, dass nicht die Politiker, sondern die Bürgerinitiative die Verwaltung auf Trab hält.“ Gelobt wurden hingegen die aufklärerische Arbeit der Bürgerinitiativen und das tiefe Wissen der Richter in Leipzig.

Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts wird am 24. November erwartet. Die BI laden anschließend Anwohner und Beiratsmitglieder zum „Großen Ratschlag“ am Donnerstag, 25. November, um 20 Uhr wieder in den Gemeindesaal der St.-Markus-Gemeinde, Arsterdamm 12-18, ein.